



nach wie vor gefragt

Zum 10-jährigen Bestehen des Gleichstellungsbüros Basel-Stadt



Mascha Madörin

ist Ökonomin, sie arbeitet freiberuflich zu feministischer Wirtschaftstheorie und -politik und bei der Aktion Finanzplatz Schweiz. Sie ist als externe Expertin am Projekt «Geschlechterdifferenzierte Budgetanalyse und Rechnungslegung» beteiligt, das unter der Leitung des Gleichstellungsbüros (GSB) von einer Fachgruppe im Auftrag des Basler Regierungsrates bearbeitet wird. Sie unterrichtete und forschte einige Jahre in Afrika, was ihre ökonomische Theoriebildung stark prägte.

«Für Frauen ist die Zeitökonomie ein zentrales Problem.»

Uneingeweihte finden den Begriff «Geschlechterdifferenzierte Budgetanalyse» wohl ziemlich abstrakt. Was ist darunter im Wesentlichen zu verstehen?

M. M. Es geht darum, dass Mädchen und Jungen, Frauen und Männer die gleichen Rechte haben sollen im Hinblick auf die wirtschaftlichen Ressourcen, die der Staat einsetzt. Den immer noch enorm unterschiedlichen Lebens- und Arbeitssituationen von Frauen und Männern muss Rechnung getragen werden. Da der Regierungsrat der Gleichstellung verpflichtet ist, muss er zudem darauf achten, dass die Staatstätigkeit – und damit auch seine Ausgaben- und Einnahmenpolitik – die Ungleichstellung zwischen Männern und Frauen nicht noch vergrößert, sondern verkleinert. Diese beiden Punkte zu untersuchen, ist der Zweck von geschlechtersensiblen Budgetanalysen.

Was ist der Nutzen für die Regierung? Fürs Parlament? Für die Bevölkerung?

M. M. Es schafft mehr Transparenz und bessere Entscheidungsgrundlagen für Regierung und Parlament. Weil Frauen sowohl bezahlt als auch unbezahlt vor allem in Bereichen arbeiten, die wichtig für unser tägliches Wohlergehen sind, kommt in solchen Budgetanalysen die Wohlfahrt der Menschen, die in Basel leben, stärker ins Blickfeld der Regierungspolitik. Das geht über die Gleichstellungsfrage im engeren Sinn hinaus. Letztlich geht es um Lebensqualität und soziale Nachhaltigkeit.



Erachten Sie nach Geschlecht aufgeschlüsselte Staatsbudgets als wichtigen Schritt auf dem Weg zur Chancengleichheit von Frauen und Männern?

M. M. Das Budget einer Regierung ist Ausdruck ihrer Prioritätensetzung. Eine geschlechter-sensible Budgetanalyse zeigt, ob und inwiefern die Chancengleichheit von Frauen und Männern vom Staat gefördert oder gebremst wird. Es kommen sehr viele Fakten auf den Tisch. Das ist wichtig für die Demokratie; und so wird Chancengleichheit stärker zum Regierungsthema.

«Was nützen schöne Gesetze und Absichtserklärungen zur Chancengleichheit, wenn das Geld für deren Realisierung fehlt?»

Gibt es Massnahmen, die sie ebenso wichtig oder wichtiger finden?

M. M. Als Ökonomin gefallen mir natürlich Budgetanalysen als Methode, Transparenz zu schaffen, sehr. Aber ich könnte nicht sagen, dass andere Massnahmen nicht ebenso wichtig sind; etwa Massnahmen direkt am Arbeitsplatz, Kinderkrippen, die berufliche Förderung von Migrantinnen etc. Budgetanalysen sind nahe liegend, weil es um öffentliche Ressourcen geht. Was nützen schöne Gesetze und Absichtserklärungen zur Chancengleichheit, wenn das Geld für deren Realisierung fehlt?

Das fragen wir uns manchmal auch. Bei jedem Projekt ist völlig klar, dass die Umsetzung etwas kostet, Gleichstellungsmassnahmen werden hingegen oft zum Nulltarif erwartet. Ihre Erklärung?

M. M. Das Gros der PolitikerInnen ist für Demokratie, Chancengleichheit, Menschenwürde. Erst bei der Kostenfrage scheiden sich die Geister. Der verhinderte Zugang zu ökonomischen Ressourcen war schon immer in Demokratien die schmerzhafteste Art, die Emanzipation von Frauen und anderen diskriminierten Schichten der Bevölkerung zu verhindern.

Eine Ihrer Aussagen ist nach Ansicht des GSB absolut spektakulär: Die gängigen gelehrten Wirtschaftstheorien beziehen sich weltweit auf weniger als ein Viertel der gesamten Arbeitszeit. Weshalb ist dieses Faktum kaum bekannt? Was bedeutet diese eingeschränkte Optik der Wissenschaft für die Wirtschaft? Für die Theorienbildung selber? Inwiefern wirkt sie sich auf den konkreten Alltag, das Verhältnis der Geschlechter aus?

M. M. Die Grundlagen der modernen Wirtschaftstheorien wurden wesentlich zur Zeit der Industrialisierung entwickelt. Im Zentrum des Erkenntnisinteresses standen damals die unerhörten technischen Entwicklungen, die Massenproduktion von Gütern, das Neue und nicht das, was die Menschen im Alltag schon immer beschäftigt hat: die Ernährung, das Wohnen, Krankheit, Kinder etc. Heute handelt es sich bei den gängigen Wirtschaftstheorien vor allem um die Optik der voll erwerbstätigen und gut verdienenden Weltmarktelite – vorwiegend Männer – auf ihre eigene wirtschaftliche Tätigkeit und zu Fragen, die sie für wichtig halten. Es ist die Weltmarktelite, die wesentlich darüber entscheidet, was an den Universitäten gelehrt und geforscht wird und was im Wirtschaftsteil der Zeitungen steht. Ihre Fragestellungen haben bestimmt ihre Berechtigung. Aber es gibt nun einmal sehr viele Menschen, die anders leben und andere wichtige ökonomische Anliegen hätten; etwa die Sicherung elementarer Schulbildung, den Zugang zu Spitälern. Da liesse sich noch manches aufzählen. Und welcher Mann steckte schon je in den Nöten einer jungen Frau, die überlegt, wie sie es schafft, ein Kind zu haben, ohne ihren Beruf aufgeben zu müssen? Das sind wenige. Für Frauen hingegen ist die Zeitökonomie ein zentrales Problem. Aber in der Wirtschaftstheorie wird immer noch angenommen, dass unbezahlte Arbeit zu jeder Zeit in beliebiger Menge zur Verfügung steht – ein recht kindischer Männertraum, dass Frauen einfach da sind, wenn sie sie brauchen. Die Volkswirtschaftslehre klammert immer noch die unbezahlte Arbeit aus, obwohl in der Schweiz ebenso viel unbezahlt gearbeitet wird wie bezahlt. Im Übrigen leben wir heute eher in einer Zeit der Zeit- und Beziehungsknappheit als der Güterknappheit. Es stellen sich eine

Reihe neuer ökonomischer Probleme, für deren Behandlung die gängigen Ökonomietheorien wenig entwickelt sind.

Was würde es ökonomisch bedeuten, wenn die unbezahlte Arbeit bezahlt würde?

M. M. In der Realität erleben wir seit Jahren eine Entwicklung in diese Richtung: Wir kaufen immer mehr und machen immer weniger selbst. Das heisst, Arbeit, die früher unbezahlt gemacht wurde, wird heute bezahlt verrichtet und deren Produkte werden verkauft. Fertignahrung ist ein Beispiel. Was das ökonomisch bedeutet, hängt davon ab, wie in einer Gesellschaft der Ersatz der unbezahlten durch bezahlte Arbeit organisiert ist.

In den USA werden immer mehr haushaltsnahe Dienstleistungen vom Markt angeboten, weil Frauen und Männer gar nicht mehr Zeit haben, diese Arbeit selbst zu tun. So gibt es z.B. Unternehmen, welche auf die Pflege von Haustieren oder auf die Organisation von Familienfesten spezialisiert sind.

Nun gehören überproportional viele Frauen zu den Erwerbstätigen mit tiefen Löhnen. Das heisst, dass sich diese Frauen solche Dienstleistungen nicht leisten können, von der Gesellschaft aber nach wie vor zu Hauptverantwortlichen für die Hausarbeit, das Aufziehen von Kindern oder die Sorge für Angehörige gemacht werden. Ausserdem sind meistens genau die haushaltsnahen und andere persönliche Dienstleistungen, die der Versorgung der Menschen dienen, schlecht bezahlt. Es sind vorwiegend Frauen, die in solchen Bereichen arbeiten, diese Dienstleistungen aber nicht bezahlen können, wenn sie sie selber brauchen. Deshalb finde ich die US-Variante sehr problematisch; obwohl die Gleichstellung auf beruflicher Ebene sehr viel weiter ist als bei uns. Eine zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik muss davon ausgehen, dass die unbezahlte Arbeit in der Gesellschaft effektiv abnimmt. Und dass daher eine wesentliche Basis menschlicher Wohlfahrt neu organisiert werden muss. Die Frage ist wie: Was kann via den Markt geleistet werden?

Was muss unbedingt der Staat leisten? Und was passiert, wenn keine neuen Lösungen gefunden werden? Haben Sie schon mal gehört, dass die Basler Regierung diese Frage diskutiert hätte?

Heute darf ich die Fragen stellen. Der Wandel der Familie ist unverkennbar, Familienformen gibt es heute in vielfältiger Kombination, doch bei der Verantwortlichkeit für die Haus- und Familienarbeit tut sich nur wenig: Neun von zehn Müttern tragen sie alleine. Was macht diesen Wandel so schwierig?

M. M. Meiner Ansicht nach geht es einerseits darum, dass Männer ziemlich festgefahren sind in ihren traditionellen Rollen – sie werden in Beruf, Militär und Politik darauf getrimmt. Und andererseits geht es vor allem um Macht ... Wenn die gesamte Arbeit gleichmässig verteilt würde, müssten Männer mehr arbeiten und würden über weniger Geld verfügen und Frauen müssten weniger arbeiten und würden über mehr Geld verfügen. Ein grosser Teil von Männern hat wohl Angst vor dem Machtverlust gegenüber Frauen.

«Eine zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik muss davon ausgehen, dass die unbezahlte Arbeit effektiv abnimmt.»

Ihre Zeit in Afrika beeinflusste Sie auch als Ökonomin. In welcher Weise?

M. M. In Afrika ist nun mal nicht zu verdrängen, dass das, was wir bei uns Wirtschaft nennen, nur ein kleiner Teil dessen ist, was die afrikanische Wirtschaft ausmacht. Die herkömmlichen wissenschaftlichen Denkgewohnheiten in Sachen Wirtschaft sind in Afrika nicht so einfach aufrechtzuerhalten. Da muss jemand schon sehr borniert sein, um das nicht mal dort zu checken.

In einigen Fachkreisen im Ausland sind Sie wohl bekannter als in Basel, gelten Sie als Spezialistin der Finanzmärkte. Das Phänomen der Prophetin im eigenen Land?

M. M. Zum einen habe ich sehr lange in internationalen Zusammenhängen gearbeitet. Dazu kommt, dass die öffentliche Meinungsbildung in der Schweiz nach ziemlich autoritätsgläubigen Mustern verläuft, der Raum für kritische fachliche Auseinandersetzung ist hier relativ klein. Ich glaube aber, dass für andere Länder mit einer hohen sozialen bzw. intellektuellen Kontrolle das Gleiche gilt wie für die Schweiz: Fachleute werden oft aus dem Ausland eingeladen, um das zu sagen, was eine inländische Fachperson so nicht sagen darf – es sei denn mit dem Risiko eines Karriereknicks. Und wenn es schon Prophetinnen bzw. Wissenschaftlerinnen mit ungewohnten Analysen braucht, dann lieber aus dem Ausland. Die sind mit dem nächsten Zug oder Flugzeug wieder weg. Es brauchte einige Zeit, bis ich diese Eigentümlichkeiten meiner Berufstätigkeit verstanden hatte. Auch nimmt man, jedenfalls in der deutschen Schweiz, einem Mann Kompetenz in Sachen Ökonomie immer noch eher ab als einer Frau. Und da sind noch meine Arbeiten zur Rolle der Schweizer Banken in Sachen Kapitalflucht, Steuerhinterziehung, Diktatorengelder, Zusammenarbeit mit der Apartheid. – Ein bisschen viel für die Schweiz.

Sie beschäftigen sich zunehmend mit Care-Ökonomie. Was ist darunter zu verstehen?

M. M. Care heisst für jemanden sorgen, sich für etwas sorgen. Es geht dabei um alle Tätigkeiten rund um das Wohlbefinden von Menschen. Einige verstehen darunter das Aufziehen von Kindern und die Versorgung und Pflege von pflegebedürftigen Erwachsenen und alten Leuten. Ich selbst ziehe eine weitere Definition vor, welche die tägliche Versorgung von allen Menschen einbezieht. Die ökonomische Logik, was z.B. effizient ist und was nicht, ist bei der Care-Ökonomie eine völlig andere, als wenn es um die Produktion von

Autos, Häusern oder Schuhen geht. Die Ökonomie hat diesbezüglich noch wenig brauchbare Analysen und Konzepte geliefert.

Teilen Sie unsere Wahrnehmung, wonach Care-Ökonomie immer häufiger zum Thema wird?

M. M. Ja. Care-Ökonomie wird zum Thema – und ist ein zentrales Thema für Frauen. Frauen arbeiten bezahlt und unbezahlt vor allem in Care-ökonomischen Bereichen. Gleichzeitig gerät die Care-Ökonomie zunehmend in eine Krise, weil sie niemals den herkömmlichen Effizienz- und Profitabilitätskriterien der Güterproduktion und des Finanzsektors würdigen können.

«In der Wirtschaftstheorie wird immer noch angenommen, dass unbezahlte Arbeit zu jeder Zeit in beliebiger Menge zur Verfügung steht.»

Wie schätzen Sie die realen Chancen für eine Trendwende zu Care-Ökonomie ein? Wie die Notwendigkeit?

M. M. Die Notwendigkeit ist gross, aber die Trendwende ist eine Frage der wirtschaftlichen Machtverhältnisse. Mit der Care-Ökonomie lässt sich nicht so viel Geld verdienen wie mit der Spekulation an der Börse oder mit der technischen Entwicklung in der Pharmaindustrie. Ich fürchte, es wird etliche Krisen geben müssen, bis wirklich breite substanziale Debatten in Gang kommen werden.

Zurück nach Basel – wo 1992 das GSB eröffnet wurde. Erinnern Sie sich?

M. M. Ja, klar. Ich kann mich noch erinnern, dass es grosse Diskussionen über die Kompetenzen des GSB und über die Zusammensetzung der damaligen Frauenkommission gab. Was ich mit grossem Interesse verfolgte, waren die Aktivitäten des GSB zur Veränderung von Frauen diskriminierenden Sprachregelungen – hier geht es leider heute wieder rückwärts – und dann die Projekte im Bereich sexuelle Gewalt gegen Frauen und Mädchen.

Wo sehen Sie heute besonderen Handlungsbedarf für die Arbeit des GSB, für Basel?

M. M. Die Betreuungseinrichtungen für Kinder sind ein Dauerthema. Heute ist die Frage der Vereinbarkeit von Beruf und Familie besonders brisant. Ich finde es wichtig, dass dieses Thema auf allen Ebenen angegangen wird. Mich würde interessieren, was heute junge Frauen und Männer in Sachen Gleichstellung und Familienleben wichtig finden, welches ihre Lebensträume sind. Ein wichtiges Thema sind die Auswirkungen der Globalisierung auf die Region Basel: Welche Arbeitsplätze wird es in zehn Jahren haben? Was heisst das für die Chancengleichheit?

Diesen März fand in Basel eine internationale Fachtagung von Frauenrat und GSB zum Thema geschlechterdifferenzierte Budgets statt. Wie verorten Sie diesen Anlass international? Was versprechen Sie sich für Basel davon?

M. M. Im deutschen Sprachraum gehören die Diskussionen, welche in der Schweiz zu geschlechtsspezifischen Budgetanalysen geführt werden, zu den ersten überhaupt. Auf internationaler Ebene ist das Thema knapp zwanzig Jahre alt, aber wirklich breit diskutiert wird es erst seit ein paar Jahren. Alle, die sich in Basel für diese Tagung eingesetzt haben, können in Anspruch nehmen, in Europa in dieser Sache zu den PionierInnen zu gehören. Was ich bedaure, ist, dass wir hierzulande zu wenig Ressourcen haben, um uns in dieser Frage stärker international vernetzen zu können. Das gilt selbstverständlich auch für Basel.

Ihre Vision zum GSB im Jahr 2012?

M. M. Ein fünffach so grosses Büro mit einem angegliederten Forschungsteam, das eng mit anderen Forschungsinstitutionen zu verschiedenen Themen zusammenarbeitet. Und bis 2012 mindestens ein grosses Projekt über ein, zwei Jahre zum Thema: Frauen in Basel, Basel der Frauen. Wo wirklich einmal versucht wird, die vielfältigen

Lebens- und Arbeitsrealitäten von Frauen sichtbar zu machen, wo Frauen verschiedener Generationen und Herkunft, aus den unterschiedlichsten Berufs- und Lebenszusammenhängen miteinander ins Gespräch kommen und zusammen über die Zukunftsgestaltung der Stadt und der Region Basel diskutieren.